

2011-01-20

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses gemeinsam mit dem Ausschusses für Finanzen am 16.11.2010

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau

Es fehlten:

Fraktion der CDU

Ehm, Lothar
Kolze, Jens

Fraktion der SPD

Eichelberg, Ingolf unentschuldigt

Verwaltung

Hantusch, Joachim Beigeordneter für
Wirtschaft und Stadten

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die gemeinsame Sitzung des Haupt- und Personalausschusses und des Finanzausschusses wurde durch den Oberbürgermeister Koschig eröffnet.

Herr OB Koschig stellte die form- und fristgerechte Ladung des Haupt- und Personalausschusses und dessen Beschlussfähigkeit mit 7 anwesenden Mitgliedern fest.

Die ordnungsgemäße Einladung der Mitglieder des Finanzausschusses stellte **Herr Bönecke, Vorsitzender des Finanzausschusses**, fest. Ebenso konnte er die Beschlussfähigkeit dieses Gremiums mit 6 anwesenden Stadträten mitteilen.

2. Beschlussfassung der Tagesordnung

Zu der ausgereichten Tagesordnung wurden seitens des Finanzausschusses keine Änderungsanträge vorgebracht, so dass Herr Bönecke diese zur Genehmigung stellte. Für den Haupt- und Personalausschuss erfolgte dies durch Herrn OB Koschig.

Die Tagesordnung wurde von beiden Ausschüssen einstimmig angenommen.

Abstimmungsergebnis:

Finanzausschuss: 6:0:0

Haupt- und Personalausschuss: 7:0:0

3. Genehmigung der Niederschrift der gemeinsamen Sitzung mit dem Finanzausschuss vom 16.09.2010

Herr Bönecke merkte an, zu der Niederschrift der gemeinsamen Sitzung der Ausschüsse vom 16.09.2010, welche heute zur Genehmigung ansteht, wurde von Frau Storz, SPD-Fraktion, ein Änderungsantrag übergeben. Sie monierte, dass auf Seite 6 dieser Niederschrift, ihre Äußerungen zur Gruppierung 96095 - Ortsumgehung Mosigkau - völlig sinnentstellend wiedergegeben sind. Es werde durch unzulässige Verkürzung der Eindruck erweckt, als wolle sie die Ortsumfahrung Mosigkau. Richtig sei aber, dass sie feststellte, dass im Investitionsprogramm der Stadt der größte Posten diese Ortsumfahrung sei und dass es nicht angehe, dass die Stadt angesichts der Haushaltslage keine anderen Projekte favorisiere. Es gehe nicht darum, Menschen um diese Stadt herumzuleiten, sondern sie in der Stadt zu halten. Deshalb könne sie dieser Priorität nicht folgen.

Dazu erbat Herr Bönecke von den Mitgliedern eine Meinungsäußerung und Abstimmung, ob hier eine Ergänzung/Änderung der Niederschrift erfolgen soll. Er selbst habe in der angegebenen Sitzung eine solche Äußerung nicht wahrgenommen, teilte Herr Bönecke mit.

Frau Beigeordnete Nußbeck merkte an, dass im Normalfall eine Nachprüfung der Bandaufnahme erfolge könnte, es an diesem Tag jedoch zu einem Totalausfall des Aufnahmegerätes gekommen ist. So konnte nur auf die Mitschrift von Frau Düring und auf Erinnerung zurückgegriffen werden.

Seitens der anwesenden Mitglieder der Ausschüsse, welche an der fraglichen Sitzung teilgenommen hatten, konnten die Anmerkungen von Frau Storz in dem Umfang nicht bestätigt werden. Sie könne sich nur erinnern, dass dies im Stadtrat durch den Ortsbürgermeister Göricke angesprochen worden war, erklärte **Frau Ehlert**.

Auf Nachfrage von **Herr Pätzold**, ob die Aussage von Frau Storz in der Niederschrift falsch wiedergegeben wurde, erklärte **Frau Nußbeck**, es würde nach Auffassung von Frau Storz durch unzulässige Kürzung der Eindruck erweckt, sie habe dieser Maßnahme eine Priorität erteilt, was aber nicht der Fall war. In der Niederschrift steht lediglich, sie habe den Prüfauftrag zum Verbleib dieser Maßnahme erteilt.

Im Ergebnis der Beratung zum Änderungsantrag wurde durch die Mitglieder beider Ausschüsse übereinstimmend **festgelegt**, die **Stellungnahme von Frau Storz** der Niederschrift vom 16.09.2010 **als Anlage beizufügen**.

Die Niederschrift vom 16.09.2010 mit der anzufügenden Stellungnahme wurde genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Finanzausschuss: 6:0:0

Haupt- und Personalausschuss: 7:0:0

4. Öffentliche Anfragen und Informationen

Es gab keine Wortmeldungen.

**5. Haushaltssatzung 2011
Haushaltsplan 2011
Finanzplan 2011
Stellenplan 2011
Vorlage: DR/BV/475/2010/II-20**

Frau Beigeordnete Nußbeck stellte zunächst die Gliederung ihrer heutigen Ausführungen vor:

1. Beratung von organisatorischen Fragen zum Verfahren
2. Inhaltliche Einführung mit detaillierten Aussagen
3. Ausführungen zum Stellenplan, zur Stellen- und Personalkostenentwicklung
4. Darlegungen zum Finanzplan und zu den Auswirkungen der Haushaltskonsolidierung auf die Finanzplanung und
5. zum Schuldenstand und die Entwicklung des Schuldenstandes unter dem Aspekt der Teilentschuldung durch das Programm des Landes „STARK II“.

Sollten bei den einzelnen Ausführungen Fragen auftauchen, bat sie, diese sogleich zu stellen.

Zum Organisatorischen:

Planmäßig seien drei Termine vorgesehen. Nach der heutigen Beratung soll am **23. November** der Verwaltungshaushalt und die offenen Prüfaufträge aus den Haushaltsberatungen 2010 behandelt werden. Es wurde eine komplette Liste aus allen Anfragen aus den Haushaltsberatungen erarbeitet, die im Einzelnen hinsichtlich ihres Bearbeitungsstandes durchgesprochen werden können. Weiterhin sollen die noch offenen Aufträge zur Haushaltskonsolidierung erläutert werden.

Am **25. November** soll der Vermögenshaushalt und das Investitionsprogramm behandelt werden.

Die bereits ausgereichten Unterlagen müssten beide Beratungen komplett abdecken. Es wurde kein Haushaltskonsolidierungskonzept ausgereicht, da nicht die Absicht besteht, es vorderhand zu ändern, da es am 27. Oktober für den Zeitraum 2010 - 2018 beschlossen wurde. Es gilt so lange in dieser Fassung, bis es geändert wird. Wenn sich aus den Haushaltsberatungen erkennbar keine Notwendigkeit zur Änderung dieses Konzeptes ergibt, würde es weiter Bestand haben.

Allerdings werden sich evtl. aus den Beratungen zum Haushalt noch Änderungen ergeben, weshalb vorgeschlagen wird, die planmäßige Stadtratssitzung am 8.12. auf den

15. Dezember zu verschieben. Das wurde bereits mit dem Stadtratsvorsitzenden und dem Oberbürgermeister abgestimmt. Der **8.12.** soll dann für eine **abschließende Haushaltsberatung** genutzt werden, um dann alle bis dahin aufgelaufenen Änderungsanträge zur Kenntnis zu geben und auch eine Probeabstimmung zur Mehrheitsfähigkeit des dann vorliegenden Haushaltsplanes mit Änderungen durchzuführen. In der **Stadtratssitzung am 15. Dezember** könnte der Haushalt 2011 beschlossen werden.

Seinen zunächst geäußerten Einspruch, dass am 15.12. die Sitzung des Ortschaftsrates Rodleben stattfindet, nahm **Herr Rumpf, CDU-Fraktion**, zurück.

Zum vorgeschlagenen **Verfahren** wurde **Zustimmung** geäußert.

Bevor **Frau Nußbeck** in ihren Darlegungen fortfuhr, ging sie auf die Frage von Herrn Schönemann, **Fraktion Die Linke**, ein, und bestätigte, dass die Beschlusslagen aus dem Stadtrat vom 27.10. - Hundesteuersatzung und Festschreibung der Pacht der Kleingärten - in den Haushalt 2011 eingearbeitet worden sind. Zur Frage von **Herrn Dr. Neubert** zur Präzisierung der Tagesordnungen für die Haushaltssitzungen merkte Frau Nußbeck an, die Ladungen zu den Sitzungen am 23. und 25. November sind bereits erfolgt. In der Sitzung am 25.11. wolle man sich verständigen, ob sich der 8. Dezember erforderlich macht. Wenn ja werde fristgemäß eingeladen.

Inhaltliche Einführung:

Frau Beigeordnete Nußbeck orientierte sich in ihren Erläuterungen am Vorbericht zum Haushaltsplan 2011.

Zu Seite 15 - Allgemeiner Überblick -

Hier verwies Frau Nußbeck auf die Höhe der Einnahmen und der Ausgaben im Verwaltungshaushalt 2011 und auf den daraus resultierenden Fehlbedarf.

Dieses Defizit setzt sich aus Soll-Fehlbeträgen aus Vorjahren in Höhe von 20 Mio. € und einem laufenden Fehlbedarf von 9,5 Mio. €. Der laufende Fehlbedarf beinhaltet allerdings auch eine erhöhte Zuführung vom Verwaltungshaushalt an den Vermögenshaushalt. Dies wurde extra ausgewiesen. Wenn man dies nicht berücksichtigt und das strukturelle Defizit betrachtet, beträgt dies 2.313.300 € und ist im Vergleich zu 2010 um 2,7 Mio. € geringer als im Plan 2010, da haben wir ein strukturelles Defizit von rd. 5 Mio. €

Auf diese Entwicklung haben verschiedene Faktoren Einfluss. Frau Nußbeck ging auf die wesentlichen Dinge ein: Negative Faktoren sind im Haushalt 2011 zu verkraften: Mindereinnahmen bei den Gemeindeanteilen Gemeinschafts- also Einkommenssteuer 1.034.000 €. Die Gewinnabführung DWG und die Ausschüttung IPG von 1,1 Mio € waren Einmaleffekte, die im Haushalt 2010 stattfinden, in der Planung im nächsten Jahr nicht mehr zu berücksichtigen sind und sich als Mindereinnahme auswirken.

Herr Bönecke fragte aufgrund der Information zu Mindereinnahmen nach, man habe gerade eine positive Steuerschätzung vom Bund 2011 bekommen. **Frau Nußbeck** merkte an, für die Planung war die Mai-Steuerschätzung Grundlage.

Negativ wirken sich auch die Mehrausgaben aus, führte Frau Nußbeck weiter aus und verwies auf die geplanten Zinsen für Kassenkredite und Personal. Auf die Zahlen des

Stellenplanes und der Personalkosten ging Frau Nußbeck in einem gesonderten Punkt ein.

Positiv wirken die Mehreinnahmen bei den Grund- und Hundesteuern. Ebenfalls wurden bei den Gewerbesteuern Mehreinnahmen, die Rückzahlung des Zuschusses des Städtischen Klinikums zur Eigenkapitalverstärkung (eine entsprechende Vorlage ist in der Gremienberatung) und eine erhöhte Gewinnabführung gegenüber 2010 in Höhe von 1.177.000 € von der DVV geplant.

Positiv wirken auch die Minderausgaben, wie der Zuschuss an den Eigenbetrieb Stadtpflege, der einmalig ist, man habe mit den Konsolidierungsbeschlüssen 2008 u. a. auch die Zinsabführung aus der Deponierücklage beschlossen und sie wurden Anfang d. J. wieder zurück gegeben. Weiterhin haben wir niedrigere Zinsen in Höhe von 576.400 € sowie niedrigere Kosten für die Schülerbeförderung eingeplant. Insgesamt machen die Mindereinnahmen von 2,1 Mio. und die Mehrausgaben von 1,6 Mio. gegenüber den Mehreinnahmen von 3,9 Mio. und den Minderausgaben von 2,3 Mio. € einen positiven Saldo von 2,5 Mio. € aus.

Herr Giese-Rehm fragte nach, ob nicht davon auszugehen sei, dass die Kosten für die Schülerbeförderung insgesamt steigen. **Frau Wirth, Leiterin Amt für Stadtfinanzen**, erörterte, im Jahr 2010 wurde die Schülerbeförderung sehr stark nach oben korrigiert. Das wird anhand der aktuellen Entwicklung um 205 T€ zurückgenommen. Wenn man jedoch das Jahr 2008 betrachtet, bleibt es eine Erhöhung.

Mit dem Fehlbedarf und dem notwendigen Ausgleich aus 2010 in Höhe der jetzt beschlossenen 26,8 Mio. € ergibt dies kumuliert ein Defizit von 56,4 Mio. €, setzte **Frau Nußbeck** ihre Ausführungen fort. Das sind 31,8 % der Ausgaben des Verwaltungshaushaltes ohne Fehlbeträge. Deshalb muss man weiter an der Konsolidierung arbeiten, um die Handlungsspielräume zurück zu bekommen. Ohne Unterstützung des Landes wird dies nicht möglich sein. Es habe bereits das dritte Spitzengespräch mit Vertretern der Landesregierung stattgefunden und der Folgetermin ist im Januar 2011. Man arbeite intensiv an Lösungen. Dreh- und Angelpunkt bleibt die Gleichstellung mit Magdeburg und Halle bei der Einwohnergewichtung. Wenn dies erreicht wird, haben wir es selbst in der Hand, die wichtigsten Probleme zu lösen.

Seite 21 - Darstellung der wichtigsten Positionen

Bei der Gewerbesteuer wurden 1 Mio. € mehr eingeplant und die Hebesätze bei der Haushaltplanung unverändert gelassen, haben aber eine Steigerung der Gewerbesteuer nur bis 2014 geplant. Berücksichtigt ist die Anpassung der Hebesätze zwischen Dessau und Roßlau, die am 27.10. beschlossen wurde. Wie gesagt, ist die Grundlage dieser Planung die Mai-Steuerschätzung. Alle Erläuterungen können im Vorbericht ab S. 31 nachgelesen werden.

Eine wesentliche weitere Gruppierung sind die Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb. Hier ist eine Verbesserung von rd. 1,7 Mio. €. Die entscheidenden Veränderungen betreffen

- den Elternanteil für die Unterbringung in Kindereinrichtungen, was nicht Mindereinnahmen geschuldet ist, sondern buchungstechnisch, dass die Einnahmen nunmehr nicht mehr in unseren Haushalt, sondern in den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes

DEKITA fließen. Insofern sei im Einzelplan 46, in dem die Kindereinrichtungen sind, viele Teilpläne, die nur noch mit 0 beplant sind.

- Reduzierung der Gebühren aus dem Rettungsdienst. Sie sinken um 384.800 €, was ausschließlich der Entwicklung des Einsatzaufkommens geschuldet ist.
- Mieten für Horträume - auch dies habe damit zu tun, dass der Eigenbetrieb DEKITA in den Schulen Horträume hat.

Eine Zwischenfrage zum Rettungsdienst stellte **Herr Weber, CDU-Fraktion**. Mit den sinkenden Gebühren würden sicherlich die Aufgaben sinken, da ja die Gebühren nicht kostendeckend sind.

Nicht alles könne im gleichen Maße reduziert werden, entgegnete **Frau Beigeordnete Nußbeck**. So sei die Einsatzleitstelle vorhanden, die Sanitäter sind im Personalbestand, aber natürlich sinken die Kosten bei den Trägern, die beim Rettungsdienst gebunden wurden, wie das DRK. Ergänzend fügte Frau Wirth an, die Stadt verhandle mit den Leistungserbringern, den Krankenkassen, ein Entgelt. Am Ende wird eingeschätzt, wie sich das Entgelt ausgewirkt hat, war es kostendeckend. Dann fließt sowohl das positive wie das negative Ergebnis in die Verhandlungen für das Folgejahr ein. Auf dieser Grundlage kommt es haushalterisch immer zu Abweichungen, weil ausgeglichen wird. Ein Sinken der Gebühren kann verursacht sein, dass der Verlustvortrag ausgeglichen ist.

Zur Nachfrage von **Herrn Giese-Rehm**, wie das Verhältnis der Einsätze Feuerwehr und DRK sei, merkte **Frau Wirth** an, die Gesamtkosten beim Rettungsdienst betragen 3,4 Mio. €, davon sind etwa 1,6 Mio. € DRK und JUH.

Seite 36 Entwicklung der Zuweisung nach FAG

Frau Nußbeck wies auf die Entwicklung 2009 zu 2010 und 2011 hin und dass 2011 bis auf 132.000 € der Ansatz identisch zu 2010 ist. Erst ab 2012 werde mit höheren Einnahmen gerechnet und davon ausgegangen, dass die Auftragskostenerstattung weiter qualifiziert wird. Dann endet auch die Rückzahlung überzahlter Zuweisungen aus den Vorjahren, womit der Ansatz ab 2012 etwas höher ist.

Zurück kommend auf **S.23 - Zuweisungen und Zuschüsse** - erläuterte Frau Nußbeck, es werden hier 2,3 Mio. € Mehreinnahmen geplant (Erläuterungen dazu ab S. 40). Wesentliche Posten sind 613.800 € für die Schülerbeförderung. Ursache ist, dass die Zuweisungen in den Vorjahren direkt an die Beförderungsunternehmen gezahlt wurden und jetzt erstmalig über die Kommunen. Das Anhalt-Jubiläum mit 286.100 € ist eine zweite große Position, was die Fördermittel für Ausstellungsprojekte und die Vorbereitung von Veranstaltungen zum Sachsen-Anhalt-Tag und zum Jubiläum Anhalt 800 im Jahr 2012 sind. Die Förderquote beträgt 80 %.

Auf die Nachfrage von **Herrn Bönecke**, ob zwischenzeitlich die konkrete Untersetzung vorliegt, erklärte **Frau Wirth**, in der im Finanzausschuss vorliegenden Vorlage war die Absicht, dass wir eine Gesamtträgerschaft über einen Topf haben wollten. Herr Kuras hatte damals bereits gesagt, dass es aufgehoben ist. Jetzt werden nur noch die städtischen Projekte bzw. die, an denen man beteiligt ist, im Haushalt veranschlagt.

Als weitere große Position führte Frau Nußbeck den ÖPNV mit 350.000 € an, wo ebenfalls wieder die Ausgaben entgegenstehen und die 1:1 den Haushalt durchläuft. Mindereinnahmen wurden zum „Roten Faden“ ausgewiesen, was mit dem Auslaufen des Projektes im Zusammenhang steht.

Bei der **aufgabenbezogenen Leistungsbeteiligung (Hartz IV)** verwies Frau Nußbeck auf die Grafiken auf S. 61, wo die Entwicklung der Beteiligung der Stadt an den Kosten von 2004 bis 2011 dargestellt wird. So, dass sich beim Zuschussbedarf SGB II seit 2005 eine sehr kontinuierliche Steigerung von ursprünglich 6,7 Mio. € auf inzwischen 10,2 Mio. € der Beteiligung an diesen Kosten durch die Stadt vollzog.

Zurück kommend auf die **sonstigen Finanzeinnahmen - S. 23** - merkte Frau Nußbeck an, dass die Konzessionsabgaben um 280 T€ niedriger geplant wurden. Hintergrund sind die erwarteten Absatzrückgänge. Einmaleffekte sind die Gewinnabführungen bei WBD und DWG und die Ausschüttungen der wirtschaftlichen Beteiligungen. Erläuterungen dazu sind auf S. 43 zu finden.

Auf **Seite 26** unten, sind wiederum die **Zuweisungen und Zuschüsse** aufgeführt. Der Zuschuss DeKiTa liegt mit 4,1 Mio. € höher als in diesem Jahr, da er in diesem Jahr nur für ein halbes Jahr gezahlt wurde, erläuterte Frau Nußbeck weiter. Zu dem Betrag für den ÖPNV verwies sie auf die Ausführungen zur Einnahmeseite.

Die **sonstigen Finanzausgaben - Seite 28** - liegen um 5,3 Mio. € höher, fuhr Frau Nußbeck fort. Es werden höhere Kassenkreditzinsen geplant, eine höhere Zuführung vom Verwaltungshaushalt an den Vermögenshaushalt. Weiterhin wurden niedrigere Zinsen vom Kreditmarkt geplant, Deckung Soll-Fehlbetrag 4,3 Mio. €, was sich nochmals auswirkt.

Seite 48 - Entwicklung der Veränderungen der Personalkosten

Eine Personalkostensteigerung ist in Höhe von 1,3 Mio. € eingeplant. Darin enthalten ist die bereits beschlossene Tarifierhöhung um 0,6 % zum 1.1.2011 und nochmals um 0,5 % zum 1.8.2011 sowie die Einmalzahlung von 240 € im Januar 2011. Im Tarifvertrag ist auch enthalten, dass die Zahlungen für die LOB (leistungsorientierte Bezahlung) von 1,25 auf 1,5 % steigen. Der größte Anteil ist die Beendigung des Haustarifvertrages ab 1.11.2010, womit die Arbeitszeit aller Vollbeschäftigten wieder von 37 auf 40 Stunden angehoben wurde.

Positiv in der Darstellung der Personalkosten wirkt die Ausgliederung der Personalkosten für den Eigenbetrieb DeKiTa. Ebenso positiv wirkt die Reduzierung der Ausgaben bei der Besoldung durch Nachbesetzungssperre und Personalabgänge. Negativ bei den Personalkosten wirkt sich die Erhöhung der Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeiten (darunter die Einführung der Feuerwehrrente) aus. Dennoch werde die Stadt Dessau-Roßlau lt. Plan 2011 erstmals unter 30 % des Personalkostenanteils liegen. Das ist jedoch einmalig, da künftig die Personalkosten wieder leicht steigen, wenn nicht andere strukturelle Entscheidungen getroffen werden.

Die weiteren detaillierten Ausführungen von Frau Nußbeck speziell zur **Personalentwicklung** werden dieser Niederschrift **als Anlage beigefügt**.

Auf die Anfrage von **Herrn Weber, CDU-Fraktion**, ob die Stelle Restaurator in der Galerie als kw-Stelle nach wie vor so vollzogen wird, merkte **Frau Beigeordnete Nußbeck** an, zum Vollzug später Erläuterungen zu geben.

Weiterhin wies **Frau Nußbeck** darauf hin, dass man auch über die Altersteilzeitregelungen nachzudenken. Der neue Tarifvertrag sieht solche ebenfalls wieder vor, allerdings seien die Konditionen schlechter als bei der 2009 ausgelaufenen Regelung. Um sozialverträglichen Personalabbau betreiben zu können, will man gemeinsam mit dem politischen Raum Möglichkeiten für die Entwicklung eines Sozialplanes beraten und die Bedingungen anzugleichen, wenn es dem Personalabbau dient. Eine zweite Arbeitsrichtung, welche schon intensiv verfolgt wird, ist das Angebot an die Mitarbeiter für einvernehmliche Arbeitszeitregulierungen. Per 16.11. haben 76 Mitarbeiter davon Gebrauch gemacht. Das erbringt für 2011 eine Einsparung von 7 VbE.

Ebenfalls soll geprüft werden, ob auch das Modell fortgesetzt werden kann, dass Mitarbeiter mit erhöhten Abfindungen ausscheiden können.

Zur Nachfrage von **Herrn Schönemann** zum Interessenbekundungsverfahren erwiderte Frau Nußbeck, man sei gerade im Gespräch mit dem Personalrat, um im Vorfeld Bedingungen festzulegen. Zum Beispiel will man einem Mitarbeiter, welcher sich im Interessenbekundungsverfahren für eine Stelle, die 2012 frei wird, interessiert und sich dafür qualifiziert, heute schon die Sicherheit geben, dass er diese Stelle dann auch bekommt. An dieser Stelle müssen Vereinbarungen abgeschlossen und Planungssicherheit erreicht werden.

Wie viele Stellen dies betreffe, fragte Herr Schönemann. Frau Nußbeck gab an, es seien etwa 40 Stellen. Zur Frage von **Herrn Pätzold**, wie lange der Tarifvertrag gilt, entgegnete sie, dass der jetzige bis Ende 2011 läuft. Sicher finden sich Anfang 2012 die Tarifparteien zusammen und etwa April/Mai ein neuer Tarifabschluss kommt.

Hinsichtlich der dargestellten Personalkostenentwicklung bis 2018/2019 fragte **Herr Schönemann**, mit welchem Personalbestand dann gerechnet wird. **Frau Nußbeck**, gab 913 VbE ohne strukturelle Veränderungen an.

Zurück kommend auf seine Frage betreffs des kw-Vermerks bei der Stelle Restaurator in der Gemäldegalerie, betonte **Herr Weber**, dass gerade klar gesagt wurde, dass die Bilder im Besitz der Stadt bleiben. Diese müssen auch sachgemäß betreut werden.

Es werden keine betriebsbedingten Kündigungen vollzogen, also sozialverträglicher Personalabbau betrieben und man gehe davon aus, dass das Personal bei einer Übertragung mit übergeben wird, merkte **Frau Nußbeck** an.

Herr Beigeordneter Dr. Raschpichler führte aus, im Haus gebe es die Verabredung, dass kw-Stellen, die nicht in strukturelle Überlegungen passen, natürlich geschoben werden können. Am kommenden Donnerstag werde er im Kulturausschuss im Zusammenhang mit einer anderen Informationsvorlage erläutern, wie die Struktur in der Kultur so neu geordnet werden soll, dass sich evtl. kw-Stellen woanders wieder finden.

Eine Frage aus der letzten Finanzausschusssitzung beantwortete **Frau Beigeordnete Nußbeck**. Es war darum gebeten worden, die vorläufige Hochrechnung der Personalkosten für 2010 vorzunehmen. Derzeit gebe es einen Haushaltansatz von etwa glatt

60 Mio. € in 2010 und es werde davon ausgegangen, dass voraussichtlich 58,3 Mio. € benötigt werden. Das ist deutlich weniger als der Haushaltsansatz, da 1 Mio. € allein daraus resultieren, dass Stellen, die im Stellenplan vorhanden, aber nicht besetzt sind. Es gibt eine Wiederbesetzungssperre von mind. einem Jahr, allerdings gibt es auch Stellen, die schon über ein Jahr nicht besetzt sind. Die Gründe dafür sind unterschiedlich. Andere Stellen konnten nach Ausschreibungsverfahren nicht mit geeigneten Bewerbern besetzt werden, die Personalkosten dafür wurden aber ordnungsgemäß geplant. Der übrige Betrag resultiert im Wesentlichen aus einem exorbitant hohen Krankenstand. Wir haben einen Altersdurchschnitt von 49,22, welcher auch den hohen Krankenstand bewirkt - auch Langzeitkranke, die nach 6 Wochen aus unseren Kosten herausfallen. Auch bei den Beamten gibt es einen hohen Krankenstand, die nicht aus den Kosten herausfallen und weiter getragen werden. Insbesondere bei den Beamten sei dies das große Problem. Bei Mitarbeitern, die über einen überschaubaren Zeitraum ausfallen (Elternzeit), deren Stelle unbedingt besetzt sein muss, könne mit befristeten Einstellungen arbeiten, aber bei Beamtenstellen müssen die Kosten weiter getragen werden.

Die Frage nach einem Gesundheitsmanagement stellte **Herr Schönemann** und erbat nach Möglichkeit für den nichtöffentlichen Teil eine strukturelle Darstellung über die Art der Erkrankungen.

Man sei seit langem mit den Kassen im Gespräch, die auch die Krankenstandsentwicklung im Haus beobachten, führte **Herr Beigeordneter Dr. Raschpichler** aus. Es gibt Krankenkassen, die relativ viele Versicherte betreuen und denen auch Rückschlüsse auf bestimmte Krankheitsbilder möglich sind. Schon im vergangenen Jahr gab es die Angebote der Krankenkassen, mit uns gemeinsam in dieses Thema einzusteigen in ein Gesundheitsmanagement. Mit dem Beschluss des Haushaltsplanes am 27. Oktober ist es nun auch möglich, die 4000 € bereit zu stellen, die wir noch in diesem Jahr mit den Krankenkassen einsetzen wollen in eine Auftaktveranstaltung. Es sei ein Geben und Nehmen, denn es ist Pflicht des Arbeitgebers sich hier einzubringen, aber auch des Arbeitnehmers. Es wird eine Betriebsvereinbarung zwischen Personalrat und der Leitung des Hauses angestrebt, da bestimmte Sachen auch verabredet werden müssen. Dr. Raschpichler schätzte ein, dass man Ende November/Anfang Dezember die Auftaktveranstaltung sein wird.

Ergänzend informierte **Frau Nußbeck**, dass der Finanzausschuss in jedem Frühjahr auch eine Krankenstandsanalyse, in der nachvollziehbar ist, wie sich dies über die Jahre entwickelt. Im Vorfeld zum Gesundheitsmanagement habe die Verwaltung eine Übersicht erhalten, was die Hauptursachen für den Krankenstand sind: Herzkreislauf-, Atemwegs-, Rückenprobleme und psychische Probleme.

Herr Weber legte dar, er betrachte es nicht nur als eine Frage des Gesundheitsmanagements. Er habe immer mahnend gesagt, im Sozialamt, Jugendamt, wo die psychische Belastung der Kolleginnen und Kollegen sehr hoch sind, muss mehr rotiert werden. Darüber müsse nicht neu nachgedacht werden.

Seine Frage resultiere aus den Botschaften und Informationen zur gegenwärtigen Atmosphäre und zum Gesamtaufgabenbereich der städtischen Verwaltung, merkte **Herr Schönemann** an. Es ist nicht aus der Luft gegriffen, dass es Einfluss auf Leistungsbereitschaft hat und Personalveränderungen, Führungsstil u. a. Dinge zu anderen Ansprü-

chen führen und sich bei den Beschäftigten widerspiegeln. Er denke, das sollte offensiv angegangen, der Sache auf den Grund gegangen und gegengesteuert werden. Eignung und Neigung sind in der Tätigkeit selbst ein unbedingtes Erfordernis. Aus diesem Grund bitte er, das offensiv konzeptionell zu begleiten, ein Element ist das Gesundheitsmanagement. Es ist zu prüfen, ist es objektiv oder gibt es auch subjektive Ursachen.

Frau Beigeordnete Nußbeck äußerte, es dürfe nicht nur auf die Verwaltung geschaut werden, auch der Rat übt Druck auf die Verwaltung aus. Das alles in Summe sind Stressfaktoren, die nicht zu unterschätzen sind. Zwischen der Konsolidierung, die bis 2009 galt und dem Konzept 2010 wurden in der Verwaltung 100 zusätzliche Stellen vorgegeben. Das verursacht Stress und es wäre zu einfach, alles auf Führungsschwäche zurückzuführen.

In Fortsetzung der Beratung zum Haushaltsplan ging Frau Nußbeck auf den **Vermögenshaushalt** ein. Wichtigste Botschaft sei, dass die Investitionshilfen nochmals sinken. Das neue FAG vom Dezember 2009 bringt insbesondere Probleme im Vermögenshaushalt, da unsere Eigenmittel schon von 2009 zu 2010 fast um 6 Mio. € zurückgegangen sind und sie noch mal um eine weitere Million zurückgehen.

Ihren weiteren Ausführungen stellte Frau Nußbeck den Hinweis voran, dass weder in diesem Vermögenshaushalt noch im Investitionsprogramm die Sanierung der Südschwimmhalle, die Eigenmittel für ein Besucherzentrum am Bauhaus (an welchem Standort auch immer) noch die Maßnahme Zentralisierung der Sekundarschule in Roßlau am ehemaligen Goethegymnasium dargestellt sind. Ebenfalls gibt es keine investive Maßnahme zur Sozialen Stadt im Haushalt. Hier machte **Frau Wirth** deutlich, dass es 2009 noch 11,1 Mio. € Investitionshilfe gab. Im Plan 2011 geht diese auf 4,3 Mio. € zurück (S. 32 unten).

Durch **Herrn Schönemann, Fraktion Die Linke**, wurde formell darauf verwiesen, dass es zum Besucherzentrum einen Beschluss gibt.

Herr Weber, CDU-Fraktion, merkte an, man habe es mindestens in den letzten 10 Jahren versäumt, den investiven Bereich im Auge zu behalten. Alles, was bisher gelungen ist, bewahre maximal den Status Quo, versetzt uns aber nach wie vor nicht in die Lage zu investieren.

Auf **Seite 73** werde explizit dargelegt, wie sich die **Zuführungen vom Verwaltungshaushalt an den Vermögenshaushalt** zusammensetzen, setzte **Frau Nußbeck** ihre Einführung fort. Hier ist ersichtlich, dass sich die ordnungsgemäße Tilgung von 2010 zu 2011 um 2,2 Mio. € erhöht. Durch die tilgungsbezogenen Einnahmen 2011 werden es per Saldo aber 1 Mio. € mehr Pflichtzuführung im Vergleich zu 2010 sein. Das belastet uns im Verwaltungshaushalt und führt im Vermögenshaushalt nicht zu Investitionen, sondern ist nur für die Tilgungen auszugeben.

Auf den Folgeseiten wurden die wesentlichen Maßnahmen dargestellt, für die Fördermittel zur Verfügung stehen. Frau Nußbeck ging hierauf nicht im Einzelnen ein, da das Investitionsprogramm und der Vermögenshaushalt in einer gesonderten Sitzung behandelt werden. Die **Grafik**, wie sich das Investitionsvolumen aufgrund dieser Eigenmittelsituation entwickelt, ist auf **Seite 83** dargestellt.

Im nächsten Jahr wurden wieder **Umschuldungen** geplant, allerdings nicht mehr in der Größenordnung wie in diesem Jahr. Im Moment wurde die Planung so aufgebaut, dass man davon ausgeht, die volle Höhe der Teilentschuldung vom Land in Anspruch nehmen zu können. Hier gibt es noch Probleme und Bedingungen, wie Kredite, die umzuschulden sind, gebunden sind. Es ist eine Mindestlaufzeit vorgegeben und wir haben eine Reihe von Krediten, die diese nicht mehr erfüllen. Das Land ist nicht bereit, diese Kredite umzuschulden und damit die Laufzeit zu verlängern, weil es Ziel dieses Entschuldungsprogramms ist, dass wir wieder die Handlungsfähigkeit damit erreichen, dass wir vom Kapitaldienst entlastet werden. Man werde jetzt andere Modelle berechnen, ob man langfristige Kredite vorfristig ablösen kann. Frau Nußbeck geht davon aus, mit dem Land in nächster Zeit zu Lösungen zu kommen.

Wenn es gelingt, die Entschuldung erfolgreich in Anspruch nehmen zu können, werden wir den Schuldenstand vom 31.12.2010 = 81,5 Mio. € im Jahr 2018 auf 11,2 Mio. € zurückgefahren haben.

Frau Nußbeck ging des Weiteren auf den **Finanzplan - Seite 891** - ein und verwies auf die Erläuterungen ab Seite 881.

Bei der Bevölkerungsprognose wurde die demografische Entwicklung berücksichtigt, merkte Frau Nußbeck an. Allerdings wurde bei den FAG-Zuweisungen nicht davon ausgegangen, dass die sinkenden Einwohnerzahlen zu sinkenden Einnahmen führen werden. Man ging davon aus, dass der Einwohnerrückgang in der Stadt nicht höher sein wird als im Land.

Frau Nußbeck ging auf die Darstellung der Finanzplanung ein: Es wurde ab 2014 keine Steigerung bei den Steuern geplant, bei den Personalkosten wurde eine Senkung bis 2018 geplant und man werde weiter an dem Thema bleiben, beim FAG Auftragskostenerstattung und Gleichstellung mit Halle und Magdeburg. Bei den aufgabenbezogenen Leistungen - hier Kosten der Unterkunft - wurde durchschnittlich mit einer Quote von 23 % gerechnet. Hier wurde der Vergleich dargestellt, dass wir ursprünglich eine Beteiligung des Bundes von 31 % hatten, dann 31,2 %, in 2008 betrug sie nur 28,6 %, in 2009 dann auf 25,4 % gesunken ist. 2010 betrug sie 23 %, 2011 ist mit 24,3 gerechnet. Für die Finanzplanung wurde aber im Durchschnitt 23 % gesetzt.

Die **Konsolidierungszahlen für die Personalkosteneinsparung** wurden auf **Seite 886** dargestellt.

Wesentliche Planungsgrundlagen sind noch die **Zinsausgaben**. Für die laufenden Kredite wurde von 1,6 bis 6,27 % gerechnet. Die Gesamteinsparung bei den Zinsausgaben durch das Teilentschuldungsprogramm beträgt 2018 nach unserer Planung 6,2 Mio. €.

Wenn es uns gelingt, das Haushaltsdefizit kontinuierlich zu senken, wird auch die Kassenkreditlast sinken. Hierzu ist im Haushalt eine Darstellung der Kassenkredite enthalten. Hier ist ersichtlich, dass regelmäßig zwischen 30 und 40 Mio. € der Kassenkredit sinkt.

Ihre Ausführungen beendend, unterbreitete **Frau Beigeordnete Nußbeck** den Vorschlag, am 23.11.2010 den Verwaltungshaushalt und die Prüfaufträge intensiv zu beraten und am 25.11.2010 den Vermögenshaushalt und das Investitionsprogramm. Sie bat

die Mitglieder der Ausschüsse, ihre Anliegen jeweils in den laufenden Gesprächen vorzubringen, damit sie zeitnah berücksichtigt werden.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. **Oberbürgermeister Koschig** schloss den Tagesordnungspunkt und stellte zur Fortsetzung der Sitzung Nichtöffentlichkeit her.

9. Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde durch den Oberbürgermeister für den Haupt- und Personalausschuss und durch Herrn Bönecke für den Finanzausschuss geschlossen.

Dessau-Roßlau, 05.07.13

Oberbürgermeister Klemens Koschig
Vorsitzender Haupt- und Personalausschuss

Schriftführer